

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

18. Wahlperiode

Drucksache 18/912

14.05.2013

Mitteilung des Senats vom 14. Mai 2013

**Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und
Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien
Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2013/2014)**

**Mitteilung des Senats
an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)
vom 14. Mai 2013**

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2013/2014)

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2013/2014).

I.

Die Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge der bremischen Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und –empfänger sind regelmäßig an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen (vgl. § 14 Abs. 1 Bundesbesoldungsgesetz sowie § 70 Beamtenversorgungsgesetz jeweils in der am 31. August 2006 geltenden Fassung). Zuletzt wurden die Dienst- und Beamtenversorgungsbezüge der bremischen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und –empfänger zum 1. April 2012 bzw. 1. Oktober 2012 durch Artikel 1 des Bremischen Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassungsgesetzes 2011/12 (Gesetz vom 12. April 2011 – Brem.GBl. S. 288) um 1,9 vom Hundert und durch die zusätzliche Erhöhung der Grundgehaltssätze um 17 Euro angepasst.

Die Anpassung der Besoldung und Versorgung orientiert sich in der Praxis u. a. am aktuellen Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Im Rahmen der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder wurde am 9. März 2013 in Potsdam mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Erhöhung der Entgelte zum 1. Januar 2013 um 2,65 % sowie zum 1. Januar 2014 eine weitere Erhöhung um 2,95 % vereinbart.

Um einer Abkoppelung von der Lohnentwicklung der tarifgebundenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst der Länder entgegenzuwirken, sieht Artikel 1 des Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2013/2014) Folgendes vor:

Das Tarifiergebnis vom 9. März 2013 wird für die bremischen Beamtinnen und Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen inhaltsgleich, jedoch über einen Zeitraum von sechs Monaten zeitversetzt übernommen. Für die Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppen A 11 bis einschließlich A 12a erfolgt ebenfalls eine Erhöhung des Grundgehalts, jedoch abweichend vom Tarifiergebnis um 1,0 vom Hundert.

Des weiteren erhöhen sich der Familienzuschlag, die allgemeine Stellenzulage sowie die zu dynamisierenden Beträge der Mehrarbeitsvergütung und die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten ebenfalls um 2,65 vom Hundert ab dem 1. Juli 2013 und um 2,95 vom Hundert ab dem 1. Juli 2014.

Die Anwärtergrundbeträge werden zum 1. Juli 2013 um 2,65 vom Hundert und zum 1. Juli 2014 um 2,95 vom Hundert erhöht.

Die gestaffelte Anpassung der Bezügebestandteile wird für die bremischen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger – entsprechend der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt errechnet - zeit- und inhaltsgleich übernommen.

II.

Die Anpassung der Besoldung für die Beamtinnen und Beamten und der Versorgungsbezüge führt zu Mehrkosten in der Kernverwaltung, den Sonderhaushalten, Eigenbetrieben, Stif-

tungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie bei der Polizei und den Lehrern in Bremerhaven in Höhe von 4,7 Mio. € in 2013, 13,8 Mio. € in 2014 und 18 Mio. € in 2015. Zusammen mit der Kostensteigerung im Tarifbereich ergeben sich Mehrkosten für die Bremischen Haushalte in Höhe von insgesamt 14,4 Mio. € in 2013, 34,6 Mio. € in 2014 und 38,8 Mio. € in 2015.

Eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger hätte Mehrkosten in Höhe von 34 Mio. € in 2013 sowie 73 Mio. € ab 2014 zur Folge.

III.

Die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften im Land Bremen sind gemäß § 93 des Bremischen Beamtengesetzes, der Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte sowie die Vereinigung Bremischer Verwaltungsrichterninnen und Verwaltungsrichter gemäß § 39a des Bremischen Richtergesetzes mit verkürzter Frist beteiligt worden.

Zum Gesetzentwurf ist mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) am 14. Mai 2013 ein Gespräch geführt worden. Dabei wurden die Finanzlage und die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse im Lande Bremen dargelegt und verdeutlicht, dass eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf alle Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter nicht möglich sein werde. Der DGB hat seine Forderung nach einer vollständigen Übernahme des Tarifergebnisses wiederholt und sein schriftliches Vorbringen vertieft.

Zudem haben der DGB Bremen mit Schreiben vom 6. Mai 2013 und der Deutsche Beamtenbund Landesbund Bremen (dbb) mit Schreiben vom 13. Mai 2013 Stellung genommen.

Der DGB lehnt den Entwurf des Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013 und 2014 in der Freien Hansestadt Bremen mit der Begründung ab, dass hierdurch der Tarifabschluss im Bereich des TV-L vom 9. März 2013 nicht inhaltsgleich auf alle bremischen Beamtinnen und Beamten übertragen werde. Vielmehr werden nach Auffassung des DGB die Beamtinnen und Beamten in den Besoldungsgruppen A 11 und A 12 nahezu und in den Besoldungsgruppen ab A 13 komplett von der Einkommensentwicklung der Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst abgekoppelt. Zudem werde im Gesetzentwurf das Tarifergebnis vom 9. März 2013 mit einer Anhebung der Anwärtergrundbeträge um 2,65 vom Hundert mit Wirkung vom 1. Juli 2013 auch nicht inhaltsgleich auf die Anwärterinnen und Anwärter übertragen, da für diese der Tarifabschluss im Jahr 2013 eine Erhöhung der Ausbildungsbezüge um 50 Euro vorsehe.

Der dbb Landesbund Bremen lehnt ebenfalls den vorgelegten Gesetzentwurf ab und hält die geplante Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge in den Jahren 2013 und 2014 für unzumutbar. Vielmehr fordert der dbb, dass das Ergebnis der Tarifverhandlungen im Bereich des TV-L vom 9. März 2013 auf die bremischen Beamtinnen und Beamten wirkungs- und zeitgleich zu übertragen sei. Der Gesetzentwurf bewirke eine nachhaltige und langfristig wirkende Gehaltsbenachteiligung der Fach- und Führungskräfte mit ihren Familien. Diese führe zu erheblichen Verwerfungen in der gesamten Besoldungsstruktur. Eine Anpassung der Dienstbezüge erst zum 1. Juli 2013 würde nach Auffassung des dbb bedeuten, dass bei der ermittelten Inflationsrate für 2012 von 2,00 % es zu einem Kaufkraftverlust von 0,675 % für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 10, von 1,5 % ab den Besoldungsgruppen A 11 bis A 12a und von 2,0 % ab der Besoldungsgruppe A 13 sowie in den Besoldungsordnungen B, C, R und W komme. Weiter ist der dbb der Auffassung, dass die höhere Besoldung der Beamtinnen und Beamten in den Besoldungsgruppen ab A 13 keine Abkoppelung von der allgemeinen Besoldungs- oder Einkommensentwicklung rechtfertige. Schließlich fordert der dbb die Anpassung der Beamtenversorgungsbezüge rückwirkend zum 1. Januar 2013 um 2,65 vom Hundert und zum 1. Januar 2014 um 2,95 vom Hundert.

Der Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte sowie die Vereinigung der Bremischen Verwaltungsrichterninnen und Verwaltungsrichter haben zu dem vorgelegten Gesetzentwurf bisher nicht Stellung genommen. Sollten von dort noch Stellungnahmen eingehen, werden diese der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) gesondert zugeleitet.

Zu den Einwänden des DGB und des dbb nimmt der Senat wie folgt Stellung:

Der Senat hält nach Würdigung der Ausführungen des DGB und des dbb an dem vorgelegten Gesetzentwurf fest.

Die Besoldung ist entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung durch Gesetz regelmäßig anzupassen. Bei der Konkretisierung der Pflicht zur amtsangemessenen Alimentierung hat der Gesetzgeber jedoch einen von der höchstrichterlichen Rechtsprechung regelmäßig bestätigten weiten Gestaltungsspielraum. Der Senat ist der Auffassung, dass sich die vorgeschlagene Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge für die Jahre 2013 und 2014 im Rahmen dieses Gestaltungsspielraums bewegt. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass der Gesetzgeber nicht verpflichtet ist, die Ergebnisse von Tarifverhandlungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes spiegelbildlich auf die Beamtenbesoldung zu übertragen. Grund hierfür ist, dass sich das Recht der Beamtinnen und Beamten sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - auch derjenigen im öffentlichen Dienst – grundsätzlich unterscheidet.

Der Senat ist weiter der Auffassung, dass mit dem vorgelegten Gesetzentwurf das nach Bedeutung und Eigenart des Amtes differenzierende Besoldungsgefüge durch die gestaffelte Anpassung in seiner Struktur nicht gestört wird. Da unter anderem auch die Haushaltsnotlage des Landes Bremen eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses vom 9. März 2013 im Bereich des TV-L auf alle Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter nicht zulässt, ist eine Staffelung nach verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten zulässig. Grund hierfür ist, dass es nicht sachwidrig ist, von Beamtinnen und Beamten höherer Besoldungsgruppen im Rahmen der Bezügeanpassung einen begrenzten Sparbeitrag zu fordern, da sie von einer allgemeinen Teuerung, zu deren Ausgleich die lineare Erhöhung der Besoldung und Versorgung beitragen soll, weniger stark betroffen sind.

Mit der geplanten Anhebung der Anwärtergrundbeträge wird zudem auch im Bereich der Anwärterinnen und Anwärter eine adäquate Teilhabe an der Einkommensentwicklung in den Jahren 2013 und 2014 sichergestellt.

IV.

Der Senat bittet die Bürgerschaft (Landtag), den Entwurf zu beraten und in der vorliegenden Fassung in erster Lesung in ihrer Mai-Sitzung zu beschließen.

Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen

2013	Verkündet am	Nr.
------	--------------	-----

Entwurf

Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2013/2014)

Vom...

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1 Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014

§ 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für

1. die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter im Geltungsbereich des Bremischen Besoldungsgesetzes mit Ausnahme der Anwärterinnen und Anwärter, die sich bereits am 31. Dezember 1998 in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf befunden haben,
2. die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Geltungsbereich des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihre Verbände.

§ 2

Anpassung der Dienstbezüge und sonstigen Bezüge für das Jahr 2013

(1) Ab dem 1. Juli 2013 werden die Grundgehaltssätze sowie die Amtszulagen erhöht:

1. in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 10 um 2,65 vom Hundert,
 2. in den Besoldungsgruppen A 11 bis A 12a um 1,0 vom Hundert.
- (2) Ab dem 1. Juli 2013 werden um 2,65 vom Hundert erhöht:
1. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5,
 2. die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 12 der Vorbemerkungen der Besoldungsordnungen A und B zum Bremischen Besoldungsgesetz,
 3. der Betrag zu § 4 Absatz 1 Nummer 1 der Erschwerniszulagenverordnung in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
 4. die Beträge zu § 4 Absatz 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
 5. die Anwärtergrundbeträge sowie
 6. der Betrag der allgemeinen Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 2b gemäß Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung.
- (3) Ab dem 1. Juli 2013 werden erhöht:
1. der Auslandszuschlag
 - a) in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 10 um 2,25 vom Hundert und
 - b) in den Besoldungsgruppen A 11 bis A 12a um 0,85 vom Hundert,
 2. der Auslandskinderzuschlag um 2,25 vom Hundert.

§ 3

Anpassung der Dienstbezüge und sonstigen Bezüge für das Jahr 2014

Ausgehend von den nach § 2 angepassten Beträgen werden ab dem 1. Juli 2014 wie folgt erhöht:

1. die Grundgehaltssätze und die Amtszulagen
 - a) in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 10 um 2,95 vom Hundert und
 - b) in den Besoldungsgruppen A 11 bis A 12a um 1,0 vom Hundert,
2. die in § 2 Absatz 2 genannten Dienstbezüge und sonstigen Bezüge um 2,95 vom Hundert,
3. der Auslandszuschlag
 - a) in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 10 um 2,51 vom Hundert und

- b) in den Besoldungsgruppen A 11 bis A 12a um 0,85 vom Hundert,
- 4. der Auslandskinderzuschlag um 2,51 vom Hundert.

§ 4

Anpassung der Beamtenversorgungsbezüge für die Jahre 2013 und 2014

(1) Die Erhöhungen nach den §§ 2 und 3 gelten für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger entsprechend für die in § 2 genannten Bezügebestandteile, soweit sie der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge zugrunde liegen.

(2) Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden wie folgt erhöht:

1. Ab dem 1. Juli 2013

- a) um 2,55 vom Hundert, soweit der Berechnung der Versorgungsbezüge ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 3 bis A 10 zugrunde liegt,
- b) um 0,9 vom Hundert, soweit der Berechnung der Versorgungsbezüge ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 11 bis A 12a zugrunde liegt.

2. Ab dem 1. Juli 2014

- a) um 2,85 vom Hundert, soweit der Berechnung der Versorgungsbezüge ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 3 bis A 10 zugrunde liegt,
- b) um 0,9 vom Hundert, soweit der Berechnung der Versorgungsbezüge ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 11 bis A 12a zugrunde liegt.

(3) Die Erhöhung des Betrages nach § 7 Absatz 2 Satz 2 des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes erfolgt entsprechend dem Vomhundertsatz, der für die Erhöhung der Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppe gilt, die die versorgungsausgleichspflichtige Person jeweils am 1. Juli 2013 und am 1. Juli 2014 innehat; der Vomhundertsatz ist bei der Berechnung der Erhöhung des Betrages nach § 7 Absatz 2 Satz 2 des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes um 0,1 zu vermindern.

(4) Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 3 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab dem 1. Juli 2013 um 54,33 Euro und ab dem 1. Juli 2014 um 55,93 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Absatz 1 Buchstabe a oder b der Bundesbesoldungsordnungen A und B in der am 31. August 2006 geltenden Fassung bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

§ 5

Rundungsregelung

Die sich bei der Berechnung der erhöhten Beträge ergebenden Bruchteile eines Cents sind hinsichtlich der Beträge des Familienzuschlags der Stufe 1 auf den nächsten durch zwei teilbaren Centbetrag aufzurunden und im Übrigen kaufmännisch zu runden.

§ 6

Bekanntmachung der Beträge

(1) Die nach § 2 erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 14 des Bremischen Besoldungsgesetzes in der am 1. Juli 2013 geltenden Fassung.

(2) Die nach § 3 erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 14 des Bremischen Besoldungsgesetzes in der am 1. Juli 2014 geltenden Fassung.

Artikel 2 Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes

Das Bremische Besoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. April 1999 (Brem.GBl. S. 55, 152, 179 – 2042-a-2), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. April 2011 (Brem.GBl. S. 288) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Anlagen 1a bis 14a sowie 1b bis 14b werden aufgehoben.
2. Die in Anhang 1 zu diesem Gesetz abgedruckten Anlagen 1 bis 14 werden angefügt.

Artikel 3 Weitere Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes

Die Anlagen 1 bis 14 zum Bremischen Besoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. April 1999 (Brem.GBl. S. 55, 152, 179 – 2042-a-2), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom... [Einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes] geändert worden ist, erhalten die in Anhang 2 zu diesem Gesetz abgedruckte Fassung.

Artikel 4 Inkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am 1. Juli 2013 in Kraft.
- (2) Artikel 3 tritt am 1. Juli 2014 in Kraft.

Bremen, den

Begründung

I. Allgemeines:

Die Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge der bremischen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und –empfänger sind regelmäßig an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen. Dies ergibt sich aus § 1 Abs. 2 des Bremischen Besoldungsgesetzes in Verbindung mit § 14 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung sowie für die Versorgungsempfängerinnen und –empfänger aus § 1 Abs. 2 des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes in Verbindung mit § 70 des Beamtenversorgungsgesetzes des Bundes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung. Zuletzt wurden die Dienst- und Beamtenversorgungsbezüge der bremischen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und –empfänger zum 1. April 2012 bzw. 1. Oktober 2012 durch Artikel 1 des Bremischen Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassungsgesetzes 2011/12 (Gesetz vom 12. April 2011 – Brem.GBl. S. 288) um 1,9 vom Hundert und durch die zusätzliche Erhöhung der Grundgehaltssätze um 17 Euro angepasst.

Die Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge für die Jahre 2013 und 2014 orientiert sich entsprechend der bisherigen Praxis am Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder. Zudem ist die allgemeine Entwicklung des Preisniveaus und die Entwicklung des Haushalts des Landes Bremen unter Beachtung des Grundsatzes der Alimentation zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder wurde am 9. März 2013 in Potsdam mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Erhöhung der Entgelte zum 1. Januar 2013 um 2,65 % sowie zum 1. Januar 2014 eine weitere Erhöhung um 2,95 % vereinbart.

Um einer Abkoppelung von der Lohnentwicklung der tarifgebundenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst der Länder entgegenzuwirken sieht Artikel 1 des Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2013/2014) Folgendes vor:

- Das Tarifergebnis vom 9. März 2013 wird für die bremischen Beamtinnen und Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen inhaltsgleich, jedoch über einen Zeitraum von sechs Monaten zeitversetzt übernommen.
- Für die Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppen A 11 bis einschließlich A 12a erfolgt ebenfalls eine Erhöhung des Grundgehalts, jedoch abweichend vom Tarifergebnis um 1,0 vom Hundert.
- Des weiteren erhöhen sich der Familienzuschlag, die allgemeine Stellenzulage sowie die zu dynamisierenden Beträge der Mehrarbeitsvergütung und die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten ebenfalls um 2,65 vom Hundert ab dem 1. Juli 2013 und um 2,95 vom Hundert ab dem 1. Juli 2014.
- Die Anwärtergrundbeträge werden ab dem 1. Juli 2013 um 2,65 vom Hundert und am 1. Juli 2014 um 2,95 vom Hundert erhöht.
- Die gestaffelte Anpassung der Bezügebestandteile wird für die bremischen Versorgungsempfängerinnen und –empfänger – entsprechend der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt errechnet, zeit- und inhaltsgleich übernommen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf hält sich der Gesetzgeber innerhalb des ihm bei Regelungen über die Besoldung und Beamtenversorgung zustehenden weiten Gestaltungsspielraums. Das nach Bedeutung und Eigenart des Amtes differenzierende Besoldungsgefüge wird durch die gestaffelte Anpassung in seiner Struktur nicht gestört.

Da unter anderem auch die Haushaltsnotlage des Landes Bremen eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses vom 9. März 2013 auf alle Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter nicht zulässt, ist eine Staffelung auch nach verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten zulässig. Grund hierfür ist, dass es nicht sachwidrig ist, von Beamtinnen und Beamten höherer Besoldungsgruppen im Rahmen der Bezügeanpassung einen begrenzten Sparbeitrag zu fordern, da sie von einer allgemeinen Teuerung, zu deren Ausgleich die lineare Erhöhung der Besoldung und Versorgung beitragen soll, weniger stark betroffen sind (vgl. Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 2. Juni 2001, 2 BvR 571/00, juris).

II. Im Einzelnen:

Zu Artikel 1 (Bremisches Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassungsgesetz 2013/2014):

Zu § 1:

Die Vorschrift regelt den Geltungsbereich des Gesetzes. Anwärterinnen und Anwärter, die sich am 31. Dezember 1998 in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf befanden und jetzt noch befinden, erhalten Anwärterbezüge nach den bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Vorschriften. Sie sind deshalb von der Bezügeanpassung und damit vom Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgenommen.

Zu § 2:

Die Vorschrift bestimmt die prozentuale Erhöhung der allgemeinen Besoldungsanpassung im Jahr 2013. Mit der Erhöhung nach § 2 Abs. 1 und 2 werden alle Bezügebestandteile erfasst, die auch in der Vergangenheit regelmäßig linear erhöht worden sind.

Die verminderte Anpassung nach § 2 Abs. 3 (0,85 vom Hundert des Anpassungssatzes) des Auslandszuschlags und Auslandskinderzuschlags berücksichtigt pauschalierend, dass Auslandsdienstbezüge auch immaterielle Belastungen abgelten und steuerfreie Bezügebestandteile enthalten. Dies entspricht der geübten Verfahrensweise vorangegangener Anpassungen.

Durch die gestaffelte Anpassung der Bezüge leisten die Beamtinnen und Beamten ab der Besoldungsgruppe A 11 bis einschließlich A 12a einen begrenzten Sparbeitrag im Hinblick auf die Haushaltsnotlage des Landes Bremen. Hinsichtlich der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter ab der Besoldungsgruppe A 13 und der Besoldungsordnungen B, C, R und W ist davon auszugehen, dass die Betroffenen von der allgemeinen Teuerung, zu deren Ausgleich die Erhöhung der Besoldungsbezüge beitragen soll, weniger stark betroffen sind und folglich eine Anpassung nicht notwendigerweise zu erfolgen hat.

Zu § 3:

Die Vorschrift bestimmt die prozentuale Erhöhung der zeitlich gestaffelten Besoldungsanpassung für das Jahr 2014. Basis dieser Erhöhung sind die Beträge, die sich nach der Anpassung der Bezüge aus dem Jahr 2013 ergeben.

Hinsichtlich der Rechtfertigung einer gestaffelten Abstufung der Anpassung wird auf die Begründung zu § 2 verwiesen.

Zu § 4:

Nach Absatz 1 sind die linearen Erhöhungen für die Jahre 2013 und 2014 auch Grundlage für die allgemeine Anpassung der Beamtenversorgungsbezüge. Die Erhöhung der Versorgungsbezüge wird jeweils zu dem Zeitpunkt wirksam, zu dem die Bezüge erhöht werden, aus denen sich die Versorgung berechnet. Die gestaffelte Anpassung der Bezügebestandteile der aktiven Beamtinnen und Beamten wird folglich für die bremischen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger – entsprechend der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt errechnet - zeit- und inhaltsgleich übernommen.

Die in festen Beträgen festgesetzten Versorgungsbezüge werden durch Absatz 2 entsprechend der bisherigen Praxis um einen um 0,1 vom Hundert verminderten Anpassungssatz erhöht.

Der vom Familiengericht nach einer Ehescheidung festgesetzte Versorgungsausgleichsbetrag bei einer Beamtin oder einem Beamten erhöht oder vermindert sich um die Vomhundertsätze der nach dem Ende der Ehezeit bis zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand eingetretenen Erhöhungen oder Verminderungen der beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind. Eine Dynamisierung der Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, erfolgt nicht in den Fällen, in denen ein Grundgehalt ab der Besoldungsgruppe A 13 der Berechnung der Versorgungsbezüge zugrunde liegt. Folglich ist durch Absatz 3 sicherzustellen, dass für Beamtinnen und Beamte ab der Besoldungsgruppe A 13 und den Besoldungsordnungen B, C, R und W eine Dynamisierung des Versorgungsausgleichsbetrages zum 1. Juli 2013 und 1. Juli 2014 nicht erfolgt.

Absatz 4 beinhaltet eine Regelung für Versorgungsempfängerinnen und –empfänger, deren Beamtenversorgungsbezüge zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand keine allgemeine Stellenzulage zugrunde lag.

Zu § 5:

Die Vorschrift enthält eine erforderliche allgemeine Rundungsregelung bei der Berechnung der sich aus den einzelnen Anpassungen ergebenden Beträge des Familienzuschlags.

Zu § 6:

Die erhöhten Beträge ergeben sich aus den Besoldungstabellen zum Bremischen Besoldungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung.

Zu Artikel 2 (Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes):

Folgeregelung zu Artikel 1 § 6. Mit Ablauf des 30. Juni 2013 sind die Anlagen 1a bis 14a sowie 1b bis 14b nicht mehr erforderlich und können daher aufgehoben werden.

Zu Artikel 3 (Weitere Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes):

Folgeänderung zu Artikel 1 § 6.

Zu Artikel 4 (Inkrafttreten):

Regelt das Inkrafttreten.

Besoldungsordnung A**Grundgehaltssätze**

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3	1.788,83	1.831,98	1.875,12	1.918,27	1.961,44	2.004,60	2.047,75					
A 4	1.828,56	1.879,38	1.930,15	1.980,98	2.031,78	2.082,58	2.133,36					
A 5	1.843,01	1.908,06	1.958,61	2.009,14	2.059,69	2.110,23	2.160,78	2.211,34				
A 6	1.885,72	1.941,21	1.996,71	2.052,21	2.107,70	2.163,22	2.218,71	2.274,21	2.329,69			
A 7	1.966,85	2.016,73	2.086,56	2.156,39	2.226,23	2.296,05	2.365,91	2.415,75	2.465,64	2.515,54		
A 8		2.087,59	2.147,25	2.236,73	2.326,24	2.415,71	2.505,25	2.564,90	2.624,54	2.684,23	2.743,88	
A 9		2.221,56	2.280,26	2.375,77	2.471,29	2.566,80	2.662,32	2.727,96	2.793,66	2.859,31	2.924,97	
A 10		2.390,67	2.472,25	2.594,60	2.717,00	2.839,38	2.961,76	3.043,34	3.124,92	3.206,50	3.288,07	
A 11			2.705,57	2.828,94	2.952,32	3.075,70	3.199,08	3.281,33	3.363,58	3.445,85	3.528,10	3.610,36
A 12			2.906,78	3.053,88	3.200,97	3.348,07	3.495,16	3.593,22	3.691,29	3.789,35	3.887,42	3.985,47
A 12a			2.934,42	3.102,28	3.270,12	3.437,97	3.605,82	3.717,74	3.829,61	3.941,50	4.053,39	4.165,30
A 13			3.234,59	3.391,86	3.549,14	3.706,40	3.863,66	3.968,51	4.073,35	4.178,20	4.283,06	4.387,91
A 14			3.364,87	3.568,85	3.772,78	3.976,72	4.180,64	4.316,60	4.452,57	4.588,53	4.724,49	4.860,46
A 15						4.369,26	4.593,48	4.772,86	4.952,23	5.131,63	5.311,01	5.490,39
A 16						4.821,68	5.080,98	5.288,47	5.495,93	5.703,37	5.910,85	6.118,30

Besoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	5.490,39
B 2	6.380,77
B 3	6.757,72
B 4	7.152,52
B 5	7.605,46
B 6	8.033,20
B 7	8.449,27
B 8	8.882,92
B 9	9.421,37
B 10	11.093,46
B 11	11.524,40

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 3 bis A 8	114,20	216,74
übrige Besoldungsgruppen	119,92	222,46

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag

für das zweite zu berücksichtigende Kind um	102,55 Euro
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um	319,51 Euro

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 um je	5,11 Euro
--	-----------

ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in der Besoldungsgruppe A 3 um je	25,56 Euro
in der Besoldungsgruppe A 4 um je	20,45 Euro
in der Besoldungsgruppe A 5 um je	15,34 Euro

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen(Monatsbeträge in Euro)
in der Reihenfolge der Gesetzestabellen

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro
Besoldungsordnungen A und B		Besoldungsordnungen A und B	
Vorbemerkungen		Besoldungsgruppen	Fußnote
Nummer 4	196,90	A 4	2
Nummer 5		A 5	2
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen		A 6	2
A 3 bis A 5	115,04	A 9	1
A 6 bis A 9	153,39	A 10	3, 4
A 10 und höher	191,73	A 11	1, 2
Nummer 6		A 12	3
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit			7
von einem Jahr	63,69	A 12 a	2
von zwei Jahren	127,38		5
Nummer 7 Abs. 1		A 13	1, 9, 10
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit			12
von einem Jahr	63,69		14 -kw-
von zwei Jahren	127,38		15
Nummer 8	95,53	A 14	2
Nummer 9 Abs. 1		A 15	1
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte			4
der Laufbahngruppe 1	17,05		6
der Laufbahngruppe 2	38,35		7 -kw-
Nummer 10	25,56	A 16	3
Nummer 11	38,35	Besoldungsgruppen	Fußnote
Nummer 12		R 1	1
Buchstabe a		R 2	1, 2, 3, 6, 7, 8
Doppelbuchstabe aa	18,66	R 3	1
Doppelbuchstabe bb	72,98		
Buchstabe b	81,11		
Besoldungsordnung W			
Vorbemerkungen			
Nummer 1	260,00		
Nummer 2			
wenn ein Amt ausgeübt wird			
in der Besoldungsgruppe R 1	205,54		
in der Besoldungsgruppe R 2	230,08		

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5 bis A 8	974,62
A 9 bis A 11	1.028,34
A 12	1.167,40
A 13	1.199,02
A 13 + Zulage (Nummer 12 Buchst. b der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B) oder R 1	1.233,77

Mehrarbeitsvergütung
(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV	
Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 4	11,35
A 5 bis A 8	13,40
A 9 bis A 12	18,39
A 13 bis A 16	25,36
§ 4 Abs. 3 MVergV	
Nummer 1	17,11
Nummer 2	21,21
Nummer 3	25,18
Nummer 4	29,42
Nummer 5	29,42

**Zulage für Dienst
zu ungünstigen
Zeiten**
(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuV
3,09

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Dienstortstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3 bis A 8	980,48	1.157,10	1.336,13	1.513,96	1.692,99	1.872,01	2.048,68	2.228,88	2.404,35	2.583,95	2.762,39	2.939,62
A 9	1.152,97	1.344,44	1.534,71	1.726,18	1.918,84	2.109,72	2.301,21	2.493,25	2.684,13	2.875,61	3.066,49	3.257,94
A 10	1.301,16	1.502,10	1.700,12	1.899,27	2.097,86	2.297,63	2.496,21	2.694,80	2.892,79	3.091,38	3.291,14	3.489,73
A 11	1.397,36	1.603,16	1.807,21	2.011,85	2.216,47	2.420,53	2.625,75	2.830,37	3.035,59	3.239,63	3.444,29	3.648,33
A 12	1.555,81	1.772,71	1.989,03	2.206,54	2.422,86	2.640,95	2.857,27	3.074,77	3.291,10	3.508,59	3.726,08	3.943,00
A 13 und C 1	1.696,33	1.920,69	2.143,30	2.367,08	2.590,26	2.814,07	3.037,85	3.261,04	3.485,41	3.708,01	3.932,39	4.155,59
A 14	1.852,85	2.084,18	2.315,49	2.547,38	2.778,71	3.010,58	3.241,90	3.472,65	3.703,96	3.935,85	4.166,59	4.397,33
A 15, C 2 und R 1	2.070,25	2.320,12	2.569,99	2.819,84	3.069,74	3.320,17	3.569,46	3.820,48	4.070,36	4.320,81	4.570,66	4.820,54
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.187,34	2.449,99	2.712,61	2.974,64	3.238,43	3.499,89	3.762,51	4.025,15	4.287,77	4.550,97	4.813,02	5.075,06
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.187,34	2.459,28	2.734,05	3.008,85	3.283,66	3.559,60	3.834,41	4.109,78	4.384,56	4.659,96	4.934,75	5.209,56
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.408,83	2.713,75	3.018,72	3.323,10	3.628,01	3.932,94	4.237,33	4.541,69	4.847,20	5.150,99	5.455,36	5.761,46
B 8 und höher, R 8 und höher	2.580,44	2.924,78	3.268,00	3.612,37	3.956,16	4.300,51	4.645,45	4.989,24	5.333,63	5.677,40	6.021,77	6.365,56

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Dienstortstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3 bis A 8	834,04	984,01	1.135,17	1.286,92	1.439,88	1.591,04	1.741,60	1.893,97	2.043,92	2.196,84	2.348,02	2.498,58
A 9	979,29	1.142,89	1.304,12	1.467,16	1.631,93	1.793,77	1.956,77	2.119,80	2.281,63	2.444,63	2.606,48	2.768,31
A 10	1.106,14	1.277,46	1.445,82	1.614,74	1.784,28	1.952,63	2.122,17	2.291,12	2.458,28	2.627,81	2.797,94	2.966,28
A 11	1.188,04	1.362,27	1.535,92	1.710,16	1.884,38	2.058,63	2.232,26	2.406,50	2.579,56	2.753,19	2.928,03	3.100,50
A 12	1.321,35	1.506,71	1.690,85	1.875,02	2.060,38	2.244,54	2.428,13	2.612,87	2.798,21	2.982,40	3.167,15	3.351,35
A 13 und C 1	1.442,39	1.632,55	1.821,53	2.012,27	2.201,85	2.392,02	2.582,16	2.771,74	2.963,07	3.152,05	3.342,21	3.532,35
A 14	1.575,15	1.771,68	1.967,63	2.165,93	2.361,86	2.558,41	2.754,35	2.951,48	3.148,57	3.345,10	3.541,64	3.737,58
A 15, C 2 und R 1	1.759,51	1.971,69	2.183,88	2.397,23	2.610,59	2.821,59	3.033,78	3.247,69	3.460,48	3.672,66	3.884,84	4.098,18
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.858,65	2.081,85	2.305,05	2.528,83	2.751,44	2.974,64	3.198,43	3.421,05	3.644,84	3.869,19	4.091,24	4.314,42
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.858,65	2.090,55	2.324,19	2.557,82	2.790,87	3.025,10	3.259,30	3.492,94	3.726,59	3.960,19	4.193,84	4.427,50
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.048,22	2.306,22	2.565,35	2.824,51	3.083,64	3.342,78	3.601,93	3.861,07	4.119,65	4.379,36	4.637,33	4.897,07
B 8 und höher, R 8 und höher	2.193,17	2.485,94	2.778,71	3.070,89	3.364,23	3.655,27	3.948,04	4.240,22	4.532,98	4.825,18	5.117,94	5.410,72

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Dienstortstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3 bis A 8	687,04	809,74	936,00	1.059,89	1.185,55	1.310,05	1.434,54	1.560,21	1.683,51	1.809,18	1.933,66	2.058,16
A 9	806,79	940,16	1.074,13	1.207,51	1.343,84	1.477,22	1.611,19	1.745,17	1.879,14	2.011,90	2.146,48	2.280,45
A 10	911,70	1.051,60	1.190,30	1.330,21	1.468,92	1.608,83	1.747,53	1.886,24	2.026,15	2.164,25	2.302,99	2.443,46
A 11	978,73	1.121,41	1.265,22	1.408,45	1.552,28	1.694,35	1.837,62	1.980,86	2.124,69	2.266,76	2.411,16	2.553,82
A 12	1.088,67	1.240,66	1.392,10	1.545,28	1.696,12	1.848,14	2.000,73	2.151,56	2.303,60	2.456,20	2.608,19	2.760,81
A 13 und C 1	1.187,32	1.343,83	1.499,78	1.656,32	1.813,43	1.969,37	2.125,91	2.282,45	2.439,55	2.595,49	2.752,59	2.908,56
A 14	1.297,45	1.459,21	1.620,36	1.782,11	1.945,62	2.107,35	2.269,10	2.430,85	2.592,59	2.754,35	2.916,11	3.078,44
A 15, C 2 und R 1	1.448,78	1.623,29	1.798,94	1.974,59	2.149,11	2.324,76	2.499,26	2.674,35	2.849,43	3.024,53	3.199,58	3.374,09
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.531,09	1.714,87	1.898,07	2.081,85	2.266,79	2.450,57	2.633,18	2.817,55	3.001,32	3.186,25	3.369,45	3.552,67
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.531,09	1.720,66	1.913,71	2.106,19	2.298,67	2.492,30	2.683,62	2.875,51	3.068,56	3.261,63	3.453,53	3.646,56
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.686,47	1.899,23	2.113,15	2.326,50	2.539,26	2.752,59	2.966,52	3.179,30	3.393,22	3.605,41	3.819,34	4.033,25
B 8 und höher, R 8 und höher	1.805,89	2.047,06	2.287,66	2.528,83	2.770,01	3.011,18	3.251,76	3.492,94	3.732,95	3.974,14	4.215,28	4.455,88

Auslandskinderzuschlag (§ 56 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe												Nach § 56 Abs. 1 Nr. 2 BBesG
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 3 bis A 16, B 1 bis B 11	141,67	162,43	183,75	203,32	225,26	246,01	266,16	286,90	307,65	329,00	349,74	368,70	141,67

Besoldungsordnung C

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3.024,89	3.129,76	3.234,59	3.339,43	3.444,30	3.549,14	3.653,98	3.758,82	3.863,66	3.968,51	4.073,35	4.178,20	4.283,06	4.387,91	
C 2	3.031,44	3.198,53	3.365,62	3.532,73	3.699,81	3.866,90	4.034,00	4.201,08	4.368,16	4.535,27	4.702,34	4.869,43	5.036,52	5.203,62	5.370,71
C 3	3.334,22	3.523,41	3.712,62	3.901,82	4.091,01	4.280,21	4.469,40	4.658,58	4.847,78	5.036,97	5.226,16	5.415,37	5.604,54	5.793,75	5.982,93
C 4	4.224,92	4.415,11	4.605,29	4.795,48	4.985,67	5.175,85	5.366,07	5.556,22	5.746,41	5.936,60	6.126,80	6.316,97	6.507,16	6.697,34	6.887,53

Zulagen C-Besoldung

(Monatsbeträge in Euro)

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C		Nummer 3		Nummer 5	
Vorbemerkungen		Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	wenn ein Amt ausgeübt wird	
Nummer 2 b	81,11			der Besoldungsgruppe R 1	205,54
				der Besoldungsgruppe R 2	230,08
		für Beamte der Besoldungsgruppe(n)		Besoldungsgruppe	Fußnote
		C 1	A 13	C 2	1
		C 2	A 15		
		C 3 und C 4	B 3		104,32

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3	1.841,60	1.886,02	1.930,44	1.974,86	2.019,30	2.063,74	2.108,16					
A 4	1.882,50	1.934,82	1.987,09	2.039,42	2.091,72	2.144,02	2.196,29					
A 5	1.897,38	1.964,35	2.016,39	2.068,41	2.120,45	2.172,48	2.224,52	2.276,57				
A 6	1.941,35	1.998,48	2.055,61	2.112,75	2.169,88	2.227,03	2.284,16	2.341,30	2.398,42			
A 7	2.024,87	2.076,22	2.148,11	2.220,00	2.291,90	2.363,78	2.435,70	2.487,01	2.538,38	2.589,75		
A 8		2.149,17	2.210,59	2.302,71	2.394,86	2.486,97	2.579,15	2.640,56	2.701,96	2.763,41	2.824,82	
A 9		2.287,10	2.347,53	2.445,86	2.544,19	2.642,52	2.740,86	2.808,43	2.876,07	2.943,66	3.011,26	
A 10		2.461,19	2.545,18	2.671,14	2.797,15	2.923,14	3.049,13	3.133,12	3.217,11	3.301,09	3.385,07	
A 11			2.732,63	2.857,23	2.981,84	3.106,46	3.231,07	3.314,14	3.397,22	3.480,31	3.563,38	3.646,46
A 12			2.935,85	3.084,42	3.232,98	3.381,55	3.530,11	3.629,15	3.728,20	3.827,24	3.926,29	4.025,32
A 12a			2.963,76	3.133,30	3.302,82	3.472,35	3.641,88	3.754,92	3.867,91	3.980,92	4.093,92	4.206,95
A 13			3.234,59	3.391,86	3.549,14	3.706,40	3.863,66	3.968,51	4.073,35	4.178,20	4.283,06	4.387,91
A 14			3.364,87	3.568,85	3.772,78	3.976,72	4.180,64	4.316,60	4.452,57	4.588,53	4.724,49	4.860,46
A 15						4.369,26	4.593,48	4.772,86	4.952,23	5.131,63	5.311,01	5.490,39
A 16						4.821,68	5.080,98	5.288,47	5.495,93	5.703,37	5.910,85	6.118,30

Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	5.490,39
B 2	6.380,77
B 3	6.757,72
B 4	7.152,52
B 5	7.605,46
B 6	8.033,20
B 7	8.449,27
B 8	8.882,92
B 9	9.421,37
B 10	11.093,46
B 11	11.524,40

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 3 bis A 8	117,58	223,13
übrige Besoldungsgruppen	123,46	229,02

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag

für das zweite zu berücksichtigende Kind um	105,58 Euro
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um	328,94 Euro

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 um je	5,11 Euro
--	-----------

ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in der Besoldungsgruppe A 3 um je	25,56 Euro
in der Besoldungsgruppe A 4 um je	20,45 Euro
in der Besoldungsgruppe A 5 um je	15,34 Euro

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen
(Monatsbeträge in Euro)
in der Reihenfolge der Gesetzstabellen

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro
Besoldungsordnungen A und B		Besoldungsordnungen A und B	
Vorbemerkungen		Besoldungsgruppen	Fußnote
Nummer 4	196,90	A 4	2
Nummer 5		A 5	2
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen		A 6	2
A 3 bis A 5	115,04	A 9	1
A 6 bis A 9	153,39	A 10	3, 4
A 10 und höher	191,73	A 11	1, 2
Nummer 6		A 12	3
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr	63,69		7
von zwei Jahren	127,38	A 12 a	2
Nummer 7 Abs. 1			5
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr	63,69	A 13	1, 9, 10
von zwei Jahren	127,38		12
Nummer 8	95,53		14 -kw-
Nummer 9 Abs. 1			15
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1	17,05	A 14	2
der Laufbahngruppe 2	38,35	A 15	1
Nummer 10	25,56		4
Nummer 11	38,35		6
Nummer 12			7 -kw-
Buchstabe a		A 16	3
Doppelbuchstabe aa	19,21		
Doppelbuchstabe bb	75,13	Besoldungsgruppen	Fußnote
Buchstabe b	83,50	R 1	1
Besoldungsordnung W		R 2	1, 2, 3, 6, 7, 8
Vorbemerkungen		R 3	1
Nummer 1	260,00		
Nummer 2			
wenn ein Amt ausgeübt wird			
in der Besoldungsgruppe R 1	205,54		
in der Besoldungsgruppe R 2	230,08		

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5 bis A 8	1.003,37
A 9 bis A 11	1.058,68
A 12	1.201,84
A 13	1.234,39
A 13 + Zulage (Nummer 12 Buchst. b der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B) oder R 1	1.270,17

Mehrarbeitsvergütung
(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV	
Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 4	11,68
A 5 bis A 8	13,80
A 9 bis A 12	18,93
A 13 bis A 16	26,11
§ 4 Abs. 3 MVergV	
Nummer 1	17,61
Nummer 2	21,84
Nummer 3	25,92
Nummer 4	30,29
Nummer 5	30,29

**Zulage für Dienst
zu ungünstigen
Zeiten**
(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuV
3,18

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Dienstortstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3 bis A 8	1.005,09	1.186,14	1.369,67	1.551,96	1.735,48	1.919,00	2.100,10	2.284,82	2.464,70	2.648,81	2.831,73	3.013,40
A 9	1.181,91	1.378,19	1.573,23	1.769,51	1.967,00	2.162,67	2.358,97	2.555,83	2.751,50	2.947,79	3.143,46	3.339,71
A 10	1.333,82	1.539,80	1.742,79	1.946,94	2.150,52	2.355,30	2.558,86	2.762,44	2.965,40	3.168,97	3.373,75	3.577,32
A 11	1.409,24	1.616,79	1.822,57	2.028,95	2.235,31	2.441,10	2.648,07	2.854,43	3.061,39	3.267,17	3.473,57	3.679,34
A 12	1.569,03	1.787,78	2.005,94	2.225,30	2.443,45	2.663,40	2.881,56	3.100,91	3.319,07	3.538,41	3.757,75	3.976,52
A 13 und C 1	1.696,33	1.920,69	2.143,30	2.367,08	2.590,26	2.814,07	3.037,85	3.261,04	3.485,41	3.708,01	3.932,39	4.155,59
A 14	1.852,85	2.084,18	2.315,49	2.547,38	2.778,71	3.010,58	3.241,90	3.472,65	3.703,96	3.935,85	4.166,59	4.397,33
A 15, C 2 und R 1	2.070,25	2.320,12	2.569,99	2.819,84	3.069,74	3.320,17	3.569,46	3.820,48	4.070,36	4.320,81	4.570,66	4.820,54
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.187,34	2.449,99	2.712,61	2.974,64	3.238,43	3.499,89	3.762,51	4.025,15	4.287,77	4.550,97	4.813,02	5.075,06
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.187,34	2.459,28	2.734,05	3.008,85	3.283,66	3.559,60	3.834,41	4.109,78	4.384,56	4.659,96	4.934,75	5.209,56
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.408,83	2.713,75	3.018,72	3.323,10	3.628,01	3.932,94	4.237,33	4.541,69	4.847,20	5.150,99	5.455,36	5.761,46
B 8 und höher, R 8 und höher	2.580,44	2.924,78	3.268,00	3.612,37	3.956,16	4.300,51	4.645,45	4.989,24	5.333,63	5.677,40	6.021,77	6.365,56

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Dienstortstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3 bis A 8	854,97	1.008,71	1.163,66	1.319,22	1.476,02	1.630,98	1.785,31	1.941,51	2.095,22	2.251,98	2.406,96	2.561,29
A 9	1.003,87	1.171,58	1.336,85	1.503,99	1.672,89	1.838,79	2.005,88	2.173,01	2.338,90	2.505,99	2.671,90	2.837,79
A 10	1.133,90	1.309,52	1.482,11	1.655,27	1.829,07	2.001,64	2.175,44	2.348,63	2.519,98	2.693,77	2.868,17	3.040,73
A 11	1.198,14	1.373,85	1.548,98	1.724,70	1.900,40	2.076,13	2.251,23	2.426,96	2.601,49	2.776,59	2.952,92	3.126,85
A 12	1.332,58	1.519,52	1.705,22	1.890,96	2.077,89	2.263,62	2.448,77	2.635,08	2.821,99	3.007,75	3.194,07	3.379,84
A 13 und C 1	1.442,39	1.632,55	1.821,53	2.012,27	2.201,85	2.392,02	2.582,16	2.771,74	2.963,07	3.152,05	3.342,21	3.532,35
A 14	1.575,15	1.771,68	1.967,63	2.165,93	2.361,86	2.558,41	2.754,35	2.951,48	3.148,57	3.345,10	3.541,64	3.737,58
A 15, C 2 und R 1	1.759,51	1.971,69	2.183,88	2.397,23	2.610,59	2.821,59	3.033,78	3.247,69	3.460,48	3.672,66	3.884,84	4.098,18
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.858,65	2.081,85	2.305,05	2.528,83	2.751,44	2.974,64	3.198,43	3.421,05	3.644,84	3.869,19	4.091,24	4.314,42
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.858,65	2.090,55	2.324,19	2.557,82	2.790,87	3.025,10	3.259,30	3.492,94	3.726,59	3.960,19	4.193,84	4.427,50
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.048,22	2.306,22	2.565,35	2.824,51	3.083,64	3.342,78	3.601,93	3.861,07	4.119,65	4.379,36	4.637,33	4.897,07
B 8 und höher, R 8 und höher	2.193,17	2.485,94	2.778,71	3.070,89	3.364,23	3.655,27	3.948,04	4.240,22	4.532,98	4.825,18	5.117,94	5.410,72

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Dienstortstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3 bis A 8	704,28	830,06	959,49	1.086,49	1.215,31	1.342,93	1.470,55	1.599,37	1.725,77	1.854,59	1.982,19	2.109,82
A 9	827,04	963,76	1.101,09	1.237,82	1.377,57	1.514,30	1.651,63	1.788,97	1.926,31	2.062,40	2.200,36	2.337,69
A 10	934,58	1.078,00	1.220,18	1.363,60	1.505,79	1.649,21	1.791,39	1.933,58	2.077,01	2.218,57	2.360,80	2.504,79
A 11	987,05	1.130,94	1.275,97	1.420,42	1.565,47	1.708,75	1.853,24	1.997,70	2.142,75	2.286,03	2.431,65	2.575,53
A 12	1.097,92	1.251,21	1.403,93	1.558,41	1.710,54	1.863,85	2.017,74	2.169,85	2.323,18	2.477,08	2.630,36	2.784,28
A 13 und C 1	1.187,32	1.343,83	1.499,78	1.656,32	1.813,43	1.969,37	2.125,91	2.282,45	2.439,55	2.595,49	2.752,59	2.908,56
A 14	1.297,45	1.459,21	1.620,36	1.782,11	1.945,62	2.107,35	2.269,10	2.430,85	2.592,59	2.754,35	2.916,11	3.078,44
A 15, C 2 und R 1	1.448,78	1.623,29	1.798,94	1.974,59	2.149,11	2.324,76	2.499,26	2.674,35	2.849,43	3.024,53	3.199,58	3.374,09
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.531,09	1.714,87	1.898,07	2.081,85	2.266,79	2.450,57	2.633,18	2.817,55	3.001,32	3.186,25	3.369,45	3.552,67
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.531,09	1.720,66	1.913,71	2.106,19	2.298,67	2.492,30	2.683,62	2.875,51	3.068,56	3.261,63	3.453,53	3.646,56
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.686,47	1.899,23	2.113,15	2.326,50	2.539,26	2.752,59	2.966,52	3.179,30	3.393,22	3.605,41	3.819,34	4.033,25
B 8 und höher, R 8 und höher	1.805,89	2.047,06	2.287,66	2.528,83	2.770,01	3.011,18	3.251,76	3.492,94	3.732,95	3.974,14	4.215,28	4.455,88

Auslandskinderzuschlag (§ 56 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe												Nach § 56 Abs. 1 Nr. 2 BBesG	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
A 3 bis A 16,														
B 1 bis B 11	145,23	166,51	188,36	208,42	230,91	252,18	272,84	294,10	315,37	337,26	358,52	377,95	145,23	

Besoldungsordnung C

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3.024,89	3.129,76	3.234,59	3.339,43	3.444,30	3.549,14	3.653,98	3.758,82	3.863,66	3.968,51	4.073,35	4.178,20	4.283,06	4.387,91	
C 2	3.031,44	3.198,53	3.365,62	3.532,73	3.699,81	3.866,90	4.034,00	4.201,08	4.368,16	4.535,27	4.702,34	4.869,43	5.036,52	5.203,62	5.370,71
C 3	3.334,22	3.523,41	3.712,62	3.901,82	4.091,01	4.280,21	4.469,40	4.658,58	4.847,78	5.036,97	5.226,16	5.415,37	5.604,54	5.793,75	5.982,93
C 4	4.224,92	4.415,11	4.605,29	4.795,48	4.985,67	5.175,85	5.366,07	5.556,22	5.746,41	5.936,60	6.126,80	6.316,97	6.507,16	6.697,34	6.887,53

Zulagen C-Besoldung

(Monatsbeträge in Euro)

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C Vor e mer k un g en		Nummer 3 Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird	
Nummer 2 b	83,50	für Beamte der Besoldungsgruppe(n)		der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2	205,54 230,08
		C 1	A 13	Besoldungsgruppe	Fußnote
		C 2	A 15	C 2	1 104,32
		C 3 und C 4	B 3		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes